

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Januar/Februar 2026

hauptstadt magazin

Rechnungshof von Berlin

UNABHÄNGIG FÜR BERLIN

Systematisch.

Digital.

Im Team.



Landesrechnungshof moniert

Katastrophenschutz ungenügend



Rechnungshof von Berlin

BERLIN



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Bundesverfassungsgericht Starkes Plädoyer für das Berufsbeamtentum	4
Landesrechnungshof Kritik an desolater Planung und Steuerung	5
Chronik Von 2013 bis Mai 2025	7
Verwaltungsakademie Jahresprogramm 2026 vorgestellt Dozenten gesucht	10 11
DPoIG Berlin Kritische Infrastruktur besser schützen Keine friedliche Silvesternacht!	12 12
Sorbisch? Na klar! Berliner Sorben planen Zusammenschluss	13
Unterhaltung Preisausschreiben	15
Letzte Seite BärGPT eingeführt Neuer Beihilfekompass	16 16

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

in der Berliner Verwaltung fehlt es an entscheidenden Stellen an vernünftiger und kostenbewusster Planung. Das hat der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht 2025 moniert und dabei explizit auf den Katastrophenschutz verwiesen. Leider sehr zu Recht, wie der tagelange Stromausfall in drei Berliner Stadtteilen nach einem linksextremistischen Anschlag gezeigt hat. Höchste Zeit, dass die zuständige Senatsinnenverwaltung endlich aufwacht und sich nicht länger in Organisationsfragen verstrickt.

Klartext hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 17. September 2025 nicht nur zur amtsangemessenen Alimentation, sondern auch zur Bedeutung des Berufsbeamtentums als Garant für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung gesprochen.

Umso selbstverständlicher müsste es sein, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen Gewalt zu schützen. Eine Silvesternacht, in der Polizeiwagen mit Raketen beschossen werden und die Feuerwehr nur unter Polizeischutz ausrücken kann, darf einfach nicht als weitgehend friedlich abgetan werden. Die DPoIG Berlin hat hierzu deutliche Worte gefunden.

Im letzten Teil unserer Chronik über die 75-jährige Geschichte des dbb berlin habe ich es mir nicht nehmen lassen, selbst über die Entwicklungen und Herausforderungen in meiner mittlerweile über 13-jährigen Amtszeit zu berichten.

Schließlich rücken wir in einem weiteren Beitrag eine kleine Bevölkerungsgruppe in den Fokus, die sich in Berlin enger zusammenschließen will, nämlich die Sächsischen Sorben.

Ich hoffe, Sie hatten einen guten Start ins neue Jahr

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacycenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 23, gültig ab 1.1.2026. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: © Annemarie Wellige

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



© Bundesverfassungsgericht/Nathalie-Fotografie/Nathalie Rösch

Starkes Plädoyer für das Berufsbeamtentum

Das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September 2025 hat nicht nur die Vorgaben für eine amtsangemessene Alimentation geschärft, sondern enthält auch ein starkes Plädoyer für das Berufsbeamtentum.

Wörtlich heißt es dazu in der Urteilsbegründung:

„Die institutionelle Einrichtungsgarantie des Art. 33 Abs. 5 GG trägt zugleich dem Umstand Rechnung, dass im demokratischen Staatswesen Herrschaft stets nur auf Zeit vergeben wird und die Verwaltung deshalb schon im Hinblick auf die Möglichkeit periodischer Wechsel der politischen Ausrichtung der jeweiligen Staatsführung neutral sein muss. Insoweit muss die strikte Bindung an Recht und Gemeinwohl, auf die die historische Ausformung des deutschen Berufsbeamtentums ausgerichtet ist, auch gegenwärtig als Funktionsbedingung der Demokratie begriffen werden. Das Grundgesetz sieht in Anknüpfung an die deutsche Verwaltungstradition im Berufsbeamtentum eine Institution, die, gegründet auf Sachwissen, fachliche Leistung und loyale Pflichterfüllung, eine stabile Verwaltung sichern und damit einen ausgleichenden Faktor gegenüber den das Staatsleben gestaltenden politischen Kräften darstellen soll. Die Beratungen im Ausschuss für Zuständigkeitsabgrenzung im Parlamentarischen Rat, aus denen die grund-

gesetzliche Gewährleistung des Berufsbeamtentums hervorgegangen ist, bestätigen dies. Das Berufsbeamtentum ist damit zum Garanten für eine demokratisch und rechtsstaatlich rückgebundene Verwaltung geworden und sichert durch die Dauerhaftigkeit dieser Rückbindung das Prinzip der freiheitlichen Demokratie gegen Übergriffe zusätzlich ab.“

dbb berlin begrüßt Klarstellung

Der dbb berlin begrüßt diese höchstrichterliche Klarstellung ausdrücklich, mit der allen parteipolitisch oder ideologisch motivierten Versuchen, an den Kernelementen des Berufsbeamtentums, wie Streikverbot und lebenslange Alimentation, zu sägen, eine deutliche Absage erteilt wird. Höchstrichterlich sei jetzt die wichtige Rolle des Berufsbeamtentums und seiner hergebrachten Grundsätze in der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes nochmals unterstrichen worden. ■

75 Jahre Bundesverfassungsgericht

Das Jahr 2026 steht im Zeichen des 75. Geburtstags des Bundesverfassungsgerichts. Dieses Jubiläum soll mit vielseitigen Veranstaltungen über das ganze Jahr hinweg begangen werden. Höhepunkt wird am 28. September 2026 – genau 75 Jahre nach der feierlichen Eröffnung des Gerichts am 28. September 1951 – ein Festakt in der Stadthalle im Kongresszentrum Karlsruhe sein, bei dem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Rede halten wird. Zuvor können sich am 16. Mai 2026 Bürgerinnen und Bürger vor Ort über Aufgaben und Organisation des Bundesverfassungsgerichts informieren. Weiter-



© Bundesverfassungsgericht

re Veranstaltungen sind über das ganze Jubiläumsjahr hinweg geplant und werden auf der Homepage des Bundesverfassungsgerichts angezeigt.



Landesrechnungshof kritisiert desolates Planung und Steuerung

In der Berliner Verwaltung fehlt es an den entscheidenden Stellen an vernünftiger und kostenbewusster Planung. Das ist ein wesentlicher Kritikpunkt, den Rechnungshofpräsidentin Karin Klingen bei der Vorstellung des Jahresberichts 2025 des Rechnungshofs von Berlin am 27. November 2025 nannte.

© Ulyana Ney

Rechnungshof von Berlin

An Beispielen dafür fehlt es in dem über 300 Seiten starken Bericht nicht.

Katastrophaler Katastrophenschutz

Besonders schlecht bestellt ist es nach Feststellung des Landesrechnungshofes um die Katastrophenvorsorge. Hier hat die Senatsinnenverwaltung mit ständig wechselnden Vorgaben den Aufbau eines Landesamtes für Katastrophenschutz zum Scheitern gebracht. 1,4 Millionen Euro wurden verbrannt, ohne dass endlich für klare Zuständigkeiten und Strukturen gesorgt wurde. In den insgesamt 37 Berliner Katastrophenschutzbehörden konnte der Rechnungshof bei seinen Prüfungen nicht einmal die Mindestanforderungen an ein funktionierendes System feststellen. Teilweise war den Behörden ihre Zuständigkeit noch nicht einmal bekannt. Auch von einem flächendeckenden Netz von Anlaufstellen für die Bevölkerung im Katastrophenfall ist Berlin weit entfernt. Besonders ernüchternd ist dieser Befund nach Feststellung des Landesrechnungshofes, weil bereits 2021 vor dem Hintergrund von Krisenfällen wie dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz, der COVID-19-Pandemie oder auch dem Stromausfall im Bezirk Treptow-Köpenick das Katastrophenschutzgesetz neu gefasst worden ist.

Wie fahrlässig die Vernachlässigung des Katastrophenschutzes ist, hat der Anschlag auf das Berliner Stromnetz Anfang Januar 2026 gezeigt, der ganze

Stadtteile ohne Stromversorgung tagelang praktisch lahmgelegt hat.

Der dbb berlin fordert nachdrücklich höchste Priorität für Katastrophenschutz und -vorsorge.

Millionengrab Molkenmarkt

Nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat sich laut Landesrechnungshof bislang auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bei der Umsetzung des bereits 2016 beschlossenen Bebauungsplans für den Molkenmarkt. Mehr als 5 Millionen Euro wurden für unnötige Gutachten, Wettbewerbe und Sondierungen aller Art verschleudert. Der Baubeginn steht trotzdem nach fast zehn Jahren noch immer in den Sternen.

Es wird zu wenig wirtschaftlich und zielorientiert gedacht, beklagte Karin Klingen bei der Vorstellung des Berichts und untermauerte ihre Feststellung mit einem Beispiel für sinnlose Förderung. So wurden in Berlin, um den Frauenanteil an Unternehmensgründern zu steigern, Fördermittel an bereits bestehende weiblich geführte Unternehmen ausbezahlt – eine Maßnahme, die am Förderzweck vollständig vorbeigeht und zu keiner zusätzlichen Unternehmensgründerin führt

Der Landesrechnungshof, der nicht nur Missstände aufgreift, sondern auch Beratung und Unterstützung

Landesrechnungshofpräsidentin Karin Klingen bei der Vorstellung des Jahresberichts 2025 im Abgeordnetenhaus von Berlin



anbietet, hat deshalb bereits ressortübergreifende Veranstaltungen für einen wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln geplant, für die sich großes Interesse abzeichnet.

Ausgaben müssen runter!

Denn Sparen ist das dringende Gebot der Stunde. Berlin hat mit 45 Milliarden Euro eine Rekordverschuldung erreicht und ist dabei, sich selbst zu strangulieren beziehungsweise sich künftig jeder Gestaltungsmöglichkeit zu berauben.

Die Alarmsignale zeigen deutlich in Richtung Haushaltsnotlage. Und das würde letztlich auf ein vom Stabilitätsrat von Bund und Ländern verordnetes Sanierungsprogramm hinauslaufen. Kurskorrekturen sind überfällig. Auf keinen Fall dürfe der 5,2 Milliarden Euro schwere Investitionszuschuss des Bundes zum Stopfen von Haushaltslöchern missbraucht werden, warnte Klinge.

Bereits im vergangenen Jahr hatte der Landesrechnungshof einen klaren Sparkurs gefordert, was aber lediglich einige zaghafte Kürzungsversuche zur Folge hatte, die auch immer wieder verhindert worden sind. „Jetzt muss aber gespart werden“, betonte Klinge bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Jahresberichts.

dbb berlin warnt vor neuen Scheinlösungen

Der dbb berlin betont in diesem Zusammenhang, dass auch mit dem unsinnigen Griff auf die Gehälter der Landesbediensteten zu Sparzwecken ein für alle Mal Schluss sein muss. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts habe deutlich gezeigt, dass das Land auch in dieser Beziehung jahrelang nur Scheinlösungen zum Stopfen von Haushaltslöchern präsentiert hat. Denn jetzt sind die Nachzahlungen fällig.

Eigentlich ist es eine Binsenweisheit, dass nicht mehr ausgegeben werden darf als eingenommen wird. In unserer Gesellschaft werden derartige Sachzwänge nur allzu gern durch Wunschenken ersetzt. Umso erfreulicher, dass die Rechnungshofpräsidentin den Mut hat, den Finger in die offene Wunde zu legen. ■





Die amtierende Landesleitung des dbb berlin: Martina Riedel, Torsten Jaehne, Bodo Pfalzgraf, Heike Breuning, Frank Becker (Vorsitzender), Synnöve Nüchter und Thomas Goiny (von links)

Chronik des dbb berlin ab 2013 bis Mai 2025

Dialog und Teamarbeit

Von Frank Becker

Als ich im Frühjahr 2013 vom dbb Landesgewerkschaftstag zum Vorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion gewählt wurde, war ich sicher kein gewerkschaftspolitisches „Grünhorn“ mehr. Nach jahrzehntelanger Arbeit unter anderem als Vorsitzender der dbb jugend, der gkl berlin und auch als Stellvertreter der Landesvorsitzender des dbb berlin wähnte ich mich nicht nur gut gerüstet für die neue Aufgabe, sondern hatte auch schon ziemlich klare Vorstellungen, wohin die Reise unter meinem Vorsitz gehen sollte.

„Dialog“ und „Teamarbeit“ sollte die Gewerkschaftsarbeit künftig in besonderem Maße charakterisieren. Teamarbeit war schnell umgesetzt und wird bis heute – speziell in der dbb Landesleitung – sehr großgeschrieben. Meinen Stellvertreterinnen und Stellvertretern gebührt großer Dank für ihren unermüdlichen und stets zuverlässigen Einsatz, sei es in tariflichen Fragen, im Bereich der inneren Sicherheit, in Sachen Mitbestimmung und bei vielen anderen gewerkschaftspolitischen Aufgaben und auch gesellschaftlichen Herausforderungen. Ihrer Unterstützung sowie der Arbeit unserer Fachausschüsse und Vorstandsgremien ist es zu verdanken, dass der dbb berlin in allen Belangen des öffentlichen Dienstes als anerkannt kompetenter und sachkundiger Partner und für seine differenzierten Stellungnahmen und Lösungsvorschläge bekannt ist.

Politische Aktivitäten verstärkt

Dafür hat nicht zuletzt der forcierte Dialog mit Politik, Verwaltung und vielen anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen gesorgt. Ob es Parteien, Fraktionen, Abgeordnete, Verwaltungschefs, politische Gesprächskreise oder auch Bezirksregierungen sind, der dbb berlin hat immer wieder das Gespräch gesucht und für seine Positionen geworben. Bei

Landesparteitagen ist er ebenso präsent wie bei Medientreffen, in Sachverständigen-gremien oder beim alljährlichen Motzstraßenfest.

Zusätzlich wurden eigene Plattformen zum besseren und zwangloseren Kennenlernen geschaffen: So findet seit 2017 alljährlich der Parlamentarische Früh-schoppen des dbb berlin unter der Schirmherrschaft der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Abgeordnetenhauses statt. Die in unregelmäßigen Abständen stattfindende Veranstaltungsreihe



dbb Landeschef Frank Becker im Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner (links)

„dbb im dialog“ weist schon durch ihren Namen darauf hin, dass es um den Austausch über wichtige Fragen des öffentlichen Dienstes geht. Rede und Antwort gestanden haben hier schon die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus, der Programmdirektor des rbb, die Präsidentin des Berliner Rechnungshofs oder auch der Landesbranddirektor, um nur einige der interessanten Gesprächspartner zu nennen. Schließlich bieten auch unsere Personal- und Betriebsrätekonferenzen immer wieder Gelegenheit, über aktuelle Fragen mit Politikern und Fachreferenten ins Gespräch zu kommen.

hauptstadt magazin in neuem Gewand

Auch das hauptstadt magazin wurde einer Verjüngungskur unterzogen, sowohl optisch als auch inhaltlich, mit einer Erweiterung seines Themenkreises auf die Stadtgesellschaft.



Während es auf diese Weise relativ schnell gelungen ist, Bekanntheitsgrad und Ansehen des dbb berlin in Politik und Stadtgesellschaft sichtbar zu steigern, ist sehr viel mehr Geduld als erwartet notwendig, wenn politisch sinnvolle und vor allem nachhaltige Lösungen herbeigeführt werden sollen, auch wenn die Argumente noch so zwingend sind.

Chaotische Personalplanung und schlechte Besoldung

Als Beispiele mögen hier nur die beiden ineinandergreifenden Themenkomplexe „Besoldung“ und „Personalplanung beziehungsweise -entwicklung“ aufgeführt sein:

Nach dem Landesgewerkschaftstag 2013 hat der dbb berlin, um überhaupt wieder Bewegung in die Debatte um die chronische Unterbezahlung der Berliner Beamtinnen und Beamten seit der Föderalismusreform von 2006 zu bringen, noch im selben Jahr den Petitionsausschuss angerufen – und tatsächlich zunächst eine Trendwende erreicht. SPD- und CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses sprachen sich in der Folge unisono für eine Angleichung an die Bezahlung in den anderen Bundesländern aus und bei der Besoldungsanpassung 2015 wurde das Tarifiergebnis erstmals um 0,5 Prozent nachgebessert, um den Besoldungsrückstand der Berliner Beamten abzubauen. 2016 wurden außerdem die Jubiläumszuwendung wieder eingeführt, die Vollzugszulage erhöht und Anwärtersonderzuschläge ermöglicht.

Von langer Dauer sollte die Freude über die Aussicht auf eine gerechte Besoldung jedoch nicht sein, denn mit dem Amtsantritt der rot-rot-grünen Koalition Ende 2016 wendete sich das Blatt erneut. Für den

öffentlichen Dienst wurde jetzt statt des Innensena-tors der Finanzsenator zuständig und der erlag auf der Suche nach Einsparpotenzialen für den Landeshaushalt auch prompt wieder der altbekannten Versuchung, die Beamtinnen und Beamte zur Kasse zu bitten. Dieses Mal vor allem durch zeitliche Verzögerungen bei der Übertragung von Tarifiergebnissen auf die Beamten. Als ob ein solcher Rechentrick unbemerkt bleiben würde!

SPD-Landesfraktionschef Raed Saleh im Dialog mit Funktionsträgern des dbb berlin

Im Gegenteil, mehr als 5 000 Postkarten haben dbb Mitglieder 2017 mit der deutlichen Warnung „Wer uns quält, wird nicht gewählt!“ an die Regierungsparteien verschickt.

Gerichte bestätigen Verfassungsbrüche bei der Besoldung

Als ob die Trickserei bei der Besoldungsanpassung nicht schon genug Benachteiligung wäre, warfen sowohl das Bundesverwaltungsgericht als auch das OVG Berlin-Brandenburg dem Berliner Senat im sel-

Wir lassen unser Recht nicht mehr mit Füßen treten!

Das Bundesverfassungsgericht hat die Berliner Besoldung für die Jahre 2009 bis 2015 als **evident unzureichend** beurteilt.

Als evident unzureichend empfinde ich ebenfalls die Reaktion des Berliner Senats darauf!

Das Bundesverfassungsgericht hat Un-Recht bescheinigt, das auch uns über Jahre zugemutet wurde, weil Berlin sparen musste. Der Berliner Senat ignoriert jedoch die Einschätzung aus Karlsruhe und legt ein „Reparaturgesetz“ vor, das ausschließlich Richterrinnen und Richter und nur einige Jahre betrifft.

Der Berliner Senat wiederholt nun dieses Un-Recht. Durch die Besoldungserhöhungen der letzten Jahre wurde Vertrauen wieder gewonnen. Jetzt gilt es für die Vergangenheit: Un-Recht beseitigen, Recht setzen und Vertrauen erhalten!

Die Aktion der Besoldungsgläubigen Berlin/Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg (DGB) dbb Besoldung und Gehälter Berlin dbb Berlin, Hauptpersonalrat des Landes Berlin (HPR) und Deutscher Richterbund – Landesverband Berlin (DRB) Berlin

Kontakt: 1099 Berlin, Eldorado, St. 11, 10799 Berlin, 030-6900-1000-10



ben Jahr Verfassungsbrüche bei der Bezahlung der Landesbeamten vor. 2020 entschied dann auch das Bundesverfassungsgericht, dass das Land Berlin seit Jahren das grundgesetzlich verankerte Alimentationsprinzip verletzt. Konsequenzen wurden bis heute keine gezogen, weil sich das Land hinter dem Umstand verschanzte, dass das Urteil Richter betrifft. Für die völlig gleich gelagerten Beamtenfälle wird seitdem ein weiteres Urteil abwartet beziehungsweise Zeit geschunden, um die fälligen Nachzahlungen zu verzögern. (Anmerkung der Redaktion: Stand Mai 2025)

Es mutet rückblickend schon ausgesprochen grotesk an, dass ausgerechnet eine linksgerichtete und angeblich auf soziale Wohlfahrt bedachte Regierung den eigenen Beschäftigten nach Gutsherrenart schmale Einkommen über Jahre hinweg verordnet hat. Mindestens ebenso ungewöhnlich war aber, dass selbst die eher arbeitgeberfreundliche IHK Anfang 2019 höhere Bezüge für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes verlangte.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Thomas Goiny unterstützt die Initiative der IHK Berlin.



Dramatische Abwanderung des Personals

Zu einer systemgerechten Erhöhung der linearen Bezüge konnte sich der Finanzsenator indessen nicht durchringen, aber 2020 immerhin zu einer nicht ruhegehaltstfähigen Hauptstadtzulage, mit der er sich im Tarifbereich allerdings jede Menge Ärger mit der TdL eingehandelt hat. Es sollte bekanntlich bis 2021 dauern, bis Berlin – viel zu spät und mittlerweile auch schon wieder unzureichend – die durchschnittliche Länderbesoldung endlich erreicht hat. Zu spät, weil die desaströse Einkommenspolitik des Berliner Senats trotz sämtlicher Warnungen des dbb berlin und auch aus fast allen Verwaltungsbereichen heraus zu enormen personellen Abwanderungen geführt hat. Unzureichend war das Ergebnis, weil das erreichte Niveau den Weggang qualifizierter Kräfte zu den in Berlin ansässigen sehr viel besser zahlenden Bundesbehörden nicht stoppen konnte.

Akuter Bewerbermangel

Noch böser war das Erwachen, als der Senat feststellen musste, dass frei werdende Stellen wegen akuten



Bewerbermangels nicht wieder besetzt werden konnten – und das unmittelbar vor einer gewaltigen Pensionierungswelle. Werbeplakate oder ein Infobus konnten und können immer noch nicht die fehlende Personalplanung und die jahrzehntelangen Benachteiligungen wieder wettmachen. Zwar war wiederholt ein Personalentwicklungskonzept angekündigt worden und hatte auch Eingang in den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag gefunden, umgesetzt wurde es nicht. Stattdessen wurde die personelle Krise weiter angeheizt, indem beispielsweise der Justizsenator mit einem Antidiskriminierungsgesetz den Ruf der Sicherheitskräfte untergraben hat. Auch die Wiederverbeamtung der Lehrer wurde so lange herausgezögert, bis man schließlich sogar verbeamtete Lehrer aus Brandenburg anwerben und teurer als Berliner Beamte bezahlen musste. Natürlich war die Hoffnung, die Folgen dieses jahrzehntelangen personalpolitischen Amoklaufs vorrangig mit optimierten Stellenbesetzungsverfahren beseitigen zu wollen, vollkommen irrig.

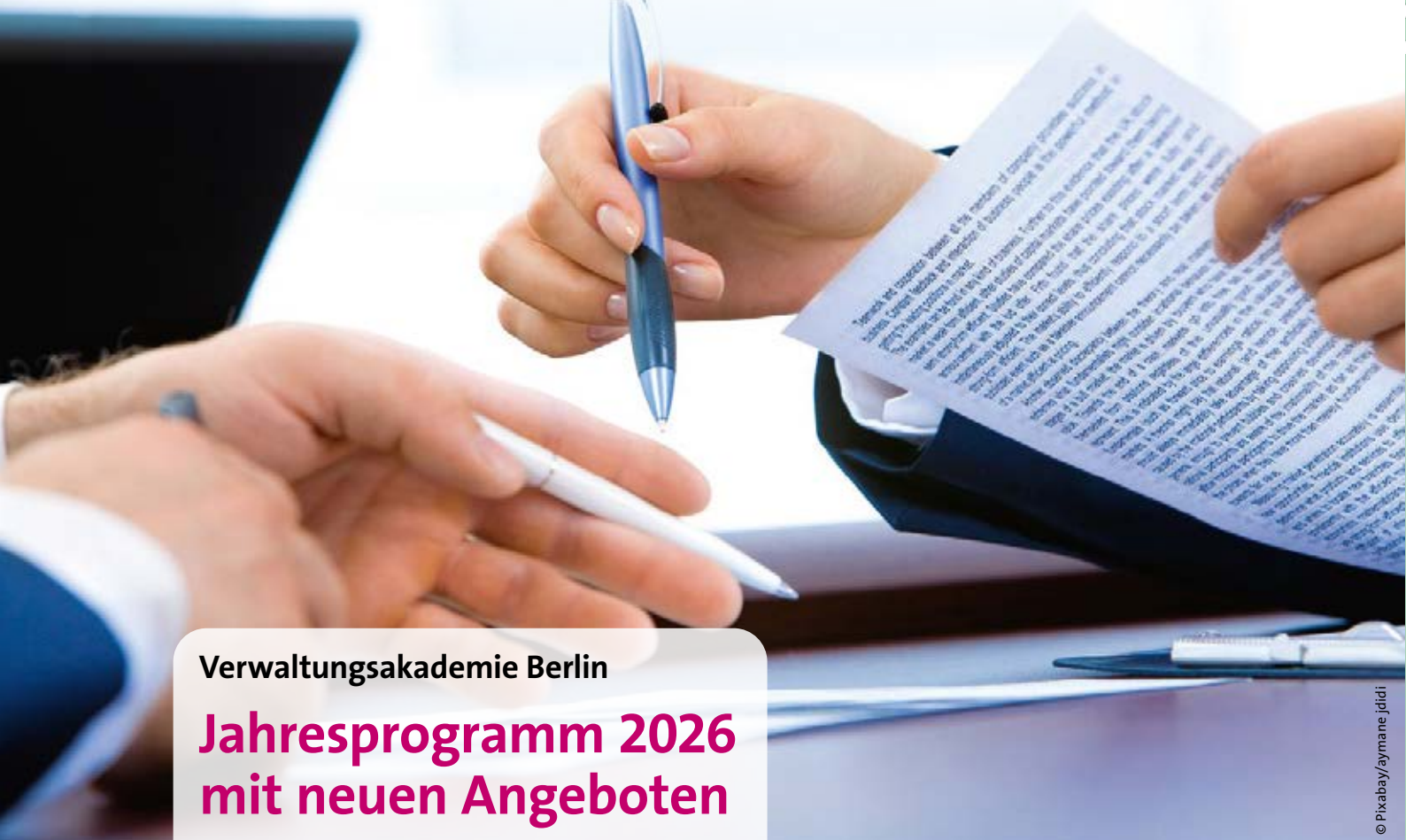
Der Karrierebus kann fehlende Personalplanung nicht ersetzen.

Ungelöste Probleme

Ähnlich schleppend war auch der Umgang mit anderen drängenden Problemen des öffentlichen Dienstes, wie der wachsenden Gewalt gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, der Digitalisierung, dem Laufbahnrecht oder auch der Gesundheitsfürsorge.

Sehr viel ist in den letzten zwölf Jahren auf die lange Bank geschoben worden und ungelöst geblieben. Es gibt viel zu tun und mein dringender Appell an die politisch Verantwortlichen lautet zum wiederholten Male: Trefft Entscheidungen in Sachen öffentlicher Dienst bitte nicht länger ohne Einbeziehung des gewerkschaftlichen Fachvorstands. Es ist eine Mär, dass gewerkschaftliche Beteiligung verzögert. Sand im Getriebe verursachen sachfremde und ideologisch motivierte politische Entscheidungen.

Von der neuen Berliner Landesregierung erwartet der dbb berlin eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, die endlich zu vernünftigen Weichenstellungen bei der Personalplanung, der Verwaltungsreform, im Beamtenrecht und in der Besoldung führt. ■



Verwaltungsakademie Berlin

Jahresprogramm 2026 mit neuen Angeboten

Viele neue Angebote zu personal- und fachübergreifenden Kompetenzen, die auch aus dem PEP 2030 abgeleitet sind, enthält das Jahresprogramm 2026 der Verwaltungsakademie Berlin. Vor allem werden Themen wie New Work, Führungsleitbild und digitale Transformation der Verwaltung aufgegriffen.

Darüber hinaus ist ein neuer Bereich eingerichtet worden, der verschiedene didaktisch angepasste Selbstlernangebote zur Verfügung stellt. Die Themenbereiche umfassen grundlegende Verwaltungskennnisse zum Beispiel zu Organisation, Staatsaufbau, zu Öffentlichem Dienstrecht und Haushaltswesen. Außerdem sind Angebote zu übergreifenden Themen wie zum Beispiel Datenschutz, IT-Sicherheit, Diversity abrufbar. Das Programm wird fortlaufend erweitert, an neue Bedarfe angepasst und monatlich aktualisiert. So wird im Januar 2026 das modular aufgebaute Selbstlernangebot für Neu- und Quereinsteigende online gestellt.

Auch weiterhin sind Auftragsmaßnahmen von Behörden möglich. Das bisherige Inhousekontingent der Behörden kann weitgehend gewährleistet werden.

Notwendige Einschränkungen

Aus Haushaltsgründen sind aber auch Einschränkungen notwendig. Nicht davon betroffen ist das Qualifizierungsangebot zu den fachlichen Verwaltungskernthemen und den außerfachlichen Kompetenzen.

Dieser Themenkreis bleibt in vollem Umfang aufrechterhalten, wird an die Bedarfe angepasst und um neue Angebote, insbesondere im digitalen Bereich, ergänzt.

Entfallen müssen dagegen bisherige Angebote und Themenbereiche, die sehr spezialisiert waren oder die über die Vermittlung der VAK von anderen spezialisierten Anbietern durchgeführt wurden.

Nicht mehr im Programm 2026 enthalten sind

- > Fremdsprachen in Kooperation mit den Volkshochschulen
- > Technischer Bereich
- > Brandschutz
- > Beschäftigtenvertretungen

Die Akademie empfiehlt, Schulungen für Beschäftigtenvertretungen bei den Gewerkschaften zu buchen. ■

WISSEN WEITERGEBEN. ZUKUNFT SICHERN.

Dozieren Sie an der
Verwaltungsakademie Berlin –
mit oder ohne Lehrerfahrung!

Wir unterstützen und
beraten Sie.

Jetzt informieren!



vak.link/dozieren



Brandanschlag auf Starkstromtrasse

Kritische Infrastruktur braucht konsequenten Schutz

Der jüngste linksterroristische Brandanschlag auf eine Starkstromtrasse in Berlin zeigt in aller Deutlichkeit, wie verwundbar die kritische Infrastruktur in Berlin ist. Rund 45.000 Haushalte waren zeitweise ohne Strom und Heizung. Zusätzlich kam es zu Ausfällen in der Technik der S-Bahn, Krankenhäusern und Altenheimen.

„Dass es hierbei nicht zu schwerwiegenden Folgen gekommen ist, war Glück – nicht Vorsorge“, heißt es dazu in einer Presseerklärung der DPoIG Berlin.

Besonders alarmierend sei, dass es sich bereits um den dritten Angriff dieser Größenordnung innerhalb eines Jahres gehandelt habe. „Wer jetzt noch von Einzelfällen spricht, verkennt die Lage“, warnt der stellvertretende Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, Frank Teichert, und fordert einen konsequenten Videoschutz für alle oberirdisch verlaufenden Starkstromtrassen, Leitungsbrücken und Trafohäuser in Berlin.

Da Berlin über ein vergleichsweise gut geschütztes Leitungsnetz verfüge, weil rund 99 Prozent der Strom-

trassen unterirdisch verlaufen, stellten nur 1 Prozent oberirdisch geführter Leitungen eine kritische, leicht angreifbare Schwachstelle dar, die mit verhältnismäßigem Aufwand gesichert werden könne.

Die finanziellen Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur seien exakt für derartige Maßnahmen vorgesehen. „Der Schutz kritischer Infrastruktur ist kein Zukunftsthema – er ist eine akute Sicherheitsaufgabe“, stellt die DPoIG Berlin klar. „Angriffe auf Energie-, Wärmeversorgung und Verkehrsinfrastruktur sind keine Sachbeschädigung, sondern Angriffe auf die Funktionsfähigkeit des Staates. Jetzt ist der Zeitpunkt, aus Erkenntnissen konsequentes Handeln abzuleiten.“ ■

Schöngeredet ...

... wird der Verlauf der Silvesternacht offenbar in Berlin: „Wer sagt, die Nacht war weitestgehend friedlich, der verschweigt die vielen gezielten Angriffe auf unsere Einsatzkräfte. Gezieltes Schießen von Raketen auf Einsatzfahrzeuge ist keine Bagatelle. Es sind Angriffe auf den Staat und die Menschen, die für ihn einstehen“, zog der Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, Frank Teichert, Bilanz über die Vorkommnisse zum Jahreswechsel.

In Gesprächen mit Kollegen habe es geheißt, die Täter seien dem Aussehen nach vermehrt arabischer und türkischer Herkunft gewesen. Im Wedding habe die Feuerwehr teilweise nur unter Polizeischutz arbeiten können. „Fühlt sich das richtig an? Nein!“, stellte Frank Teichert klar.

Nach offiziellen Angaben (Stand 9.45 Uhr, 1. Januar 2026) waren 3.200 Kräfte der Polizei im Silvestereinsatz. Zu ihnen gehörten 785 Unterstützungskräfte der Polizeien des Bundes und anderer Länder. Hinzu kamen fast 900 Polizistinnen und Polizisten im alltäglichen Dienst. Die Berliner Feuerwehr hatte rund 1.600 Rettungs- und Einsatzkräfte im Dienst, darunter waren allein mehr als 500 ehrenamtliche Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr.

Ebenfalls am 1. Januar 2026, 9.45 Uhr verzeichnete die Polizei Berlin mehr als 420 Festnahmen zum Jahreswechsel 2025/2026 (Vorjahr: 400). Verletzt wurden 30 Polizistinnen und Polizisten (Vorjahr: 30) und im alltäglichen Dienst weitere fünf (Vorjahr: sieben).

Die Berliner Feuerwehr war zwischen 19 und 6 Uhr 1.830 Mal im Einsatz (Vorjahr: 1.892).

Die Polizei Berlin registrierte außerdem zwischen 18 und 6 Uhr 2.340 Einsätze (Vorjahr: 2.168), die zusätzlich zum Großeinsatz „Silvester“ bearbeitet wurden. ■



Sorbische Volkstanzgruppe
beim Folklorefestival 2025

Berliner Sorben planen Zusammenschluss



In der bunt gemischten Bevölkerung der Bundeshauptstadt Berlin ist auch eine relativ kleine Ethnie vertreten, die aber eine umso beachtlichere Geschichte aufweist. Es handelt sich um die in der Lausitz beheimateten Sorben, zu denen insgesamt nicht mehr als ungefähr 67.000 Menschen zählen. In Berlin wollen sie jetzt ihre nach einem Generationswechsel und der Coronakrise ziemlich eingeschlafenen Zusammenkünfte wieder beleben, wie Cyrill Pech, langjähriger Sprecher der Berliner Sorben, dem hauptstadt magazin gegenüber ankündigte.

Schon zu DDR-Zeiten gab es in Berlin eine Gruppe der Domowina – einem sehr aktiven Dachverband sorbischer Vereine der Ober- und Niederlausitz –, in der sich die in der Hauptstadt arbeitenden und studierenden Sorben regelmäßig treffen konnten.

Über 600-jährige Geschichte

Domowina ist auch das sorbische Wort für „Heimat“, und die ist es wohl auch, die die Menschen slawischer Herkunft, die nie einen eigenen Staat gebildet haben, trotzdem über die Jahrhunderte hinweg in der Lausitz zusammengehalten und ihre Identität gewahrt hat.

Nachweislich können die Sorben tatsächlich ihre Herkunft 1.400 Jahre zurückverfolgen. Ihre Vorfahren kamen im Zuge der Völkerwanderung aus dem Gebiet zwischen Weichsel und Dnjepr nach Westen und fanden in der kaum bevölkerten Lausitz eine neue Heimat.

In diesem Gebiet – in Sachsen wie auch in Brandenburg – leben die Sorben überwiegend noch heute

und pflegen ihre eigene Sprache und Kultur. „Wir Sorben zählen zu den anerkannten Minderheiten in Deutschland“, präzisiert Cyrill Pech, den es als Pfarrer aus der Lausitz nach Berlin verschlagen hat. In der Hauptstadt hat er – ganz im Sinne der Domowina – unter anderem gut besuchte Stammtische für seine Volksgenossen in der „Diaspora“ durchgeführt, nicht zuletzt um ihnen Unterhaltung in der eigenen Sprache zu ermöglichen.

Eigene Zeitungen und Rundfunksendungen

So ganz abgeschnitten von der Heimat ist man als Sorbe in Berlin ohnedies nie gewesen, denn die zahlenmäßig kleine Bevölkerungsgruppe verfügt über erstaunlich viele Kommunikationskanäle und Institutionen. Die obersorbische Tageszeitung *Serbske Nowiny* (Sorbische Zeitung) flattert beispielsweise Cyrill Pech noch heute täglich ins Haus, weitere Zeitungen erscheinen im Wochen- und Monatsrhythmus. Das Sorbische Institut bringt außerdem alle sechs Monate die wissenschaftliche Zeitschrift *Lětopis* heraus.



© Jörg Stephan (2)

Folklorefestival 2019 in Drachhausen: Spreewälder Festtagstracht

Auch an Rundfunksendungen fehlt es nicht: Täglich senden RBB und MDR mehrstündige Programme in sorbischer Sprache.

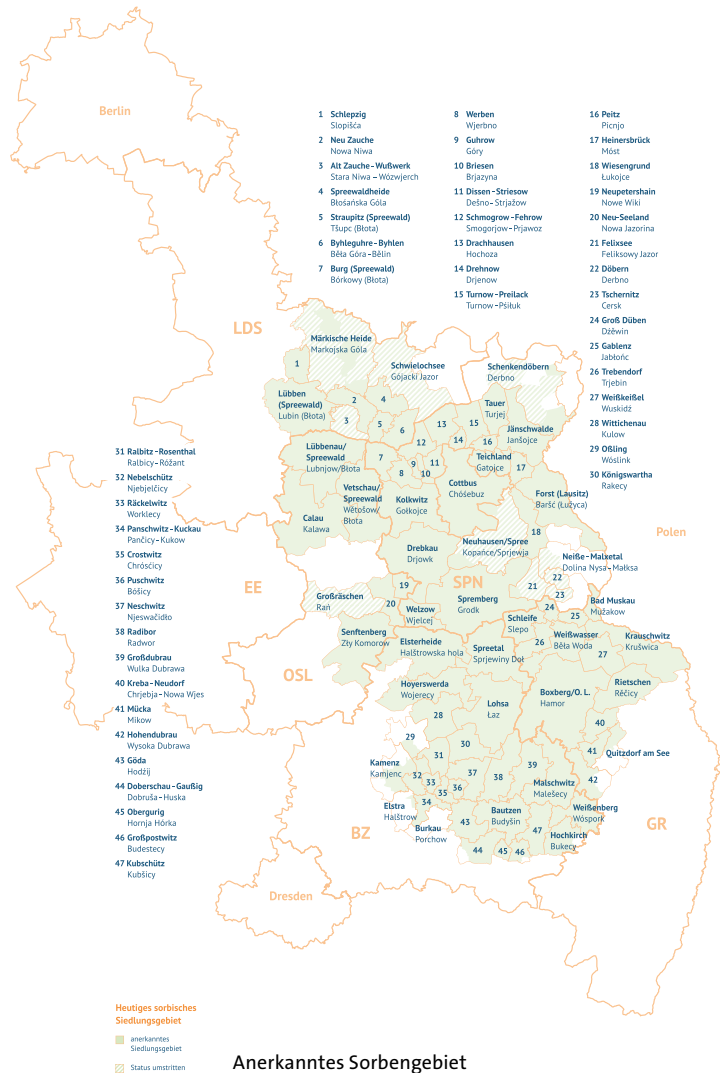
In der sächsischen Oberlausitz, die als Hochburg der Sorben gilt, weil hier zwei Drittel von ihnen zu Hause sind, gibt es sogar sorbische Kindergärten und Schulen sowie ein Gymnasium.

Dass der kleine Volksstamm seine Eigenständigkeit bis heute wahren kann, führt Pech zum einen darauf zurück, dass wohl generell ein Leben in der Minderheit den Zusammenhalt untereinander stärkt, zum anderen habe die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche, zumindest in der Oberlausitz, als starkes Band gewirkt.

Sorbischer Abend in der Sächsischen Landesvertretung

Einen eindrucksvollen Einblick in das Kulturschaffen der Sorben hat die Landesvertretung von Sachsen in Berlin im November gewährt. Lesungen aus Werken sorbischer Dichter wurden von dem Trio „Sotry wjesela“ begleitet, das traditionelle und moderne sorbische Melodien in einer zeitgemäßen, jazzigen Variante präsentierte.

Schon ein Vorgeschmack auf mehr sorbische Präsenz und Kultur in Berlin? Das wäre jedenfalls zu wünschen.



© Ein Projekt der Domowina – Bund Lausitzer Sorben im Auftrag der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

früheres chinesisches Gewicht	weibliches Landraubtier	ein Schulfach (Schülersprache)	Unsere Gewinner Im Dezember haben richtig geraten und wurden mit einer Trinkflasche belohnt: Katrin Putschmann, 13507 Berlin Andreas Hummel, 14532 Stahnsdorf Ariane Schulz, 10559 Berlin Das Lösungswort war „Tannengrün“.						Sumpfgelände	Warmwasserbereiter	Rauchfang, Schornstein	
Bruder Kains		7							Früchte			
		Abk.: Europ. Wirtschaftsgemeinschaft								5	Materialsplitter	
Fell der Bärenrobbe (engl.)									wurzellose Sporenpflanze			
Fluss zur Schelde, in Flandern	österr. Autorin, Pazifistin (Bertha v.)	Hochherzigkeit	bis zum Beingelenk hinauf		australischer Laufvogel	griechischer Reeder	Bundesstaat der USA	Vorteil, Vorzug		Papierzählmaß	lat. Name des Sternbilds Zwillinge	Hauptstadt von Saudi-Arabien
gewinnen					Sittlichkeit; Sittenlehre	4				Stadt an der Weißen Elster		
		2	veraltet: Schranke	Stadt im span. Baskenland				Wassersportlerin				
entzündet, verletzt	Nadelbaum, Taxus				schnelle Fortbewegungsart	heiliger altägyptischer Stier				Strom in Ostsibirien	germanischer Wassergeist	erzählende Dichtung
			Titan der griech. Mythologie				Zugmaschine (Kurzwort)	Laubbaum				
Schreibart: Kunst- richtung	Mutter Jesu				ein Südslawe						3	Kfz- Zeichen Krefeld
			franz. Insel im Indischen Ozean					6	Plüschpullover			
spöttisch: schöner Mann (franz.)	Zusammenkunft (ugs.)				Maßeinteilung an Messgeräten					1	kroatische Adria- insel	

Wegen des großen Zuspruchs ...

... hat unsere Fachgewerkschaft BSBD Berlin für die Gewinner unseres Preisausschreibens erneut drei Trinkflaschen zur Verfügung gestellt.

Machen Sie mit und schicken Sie das richtige Lösungswort bis zum 15. Februar 2026 an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© BSBD Berlin

PREISRÄTSEL



BärGPT: Senatskanzlei führt ersten landeseigenen KI-Assistenten ein

Die Senatskanzlei hat am 25. November BärGPT freigeschaltet und damit den ersten landeseigenen KI-Assistenten für die Arbeit in der Verwaltung eingeführt. Über die neue Lösung auf Basis von künstlicher Intelligenz sollen die Beschäftigten der Berliner Landesverwaltung von zeitaufwendigen Routineaufgaben entlastet und dadurch Verwaltungsabläufe effektiver gestaltet werden.

BärGPT verfügt über mehrere Grundfunktionen: Über den freien Chat kann man Fragen stellen, Texte generieren, übersetzen und zusammenfassen lassen. Zudem ist es möglich, über die Dokumentenverwaltung eigene Dateien hochzuladen, die dann durchsucht und analysiert werden können. Außerdem verfügt BärGPT

über Verwaltungswissen und kann Arbeitsergebnisse in allen gängigen Dateiformaten exportieren.

Die Einführung von BärGPT soll nicht nur alltägliche Aufgaben effizienter gestalten, sondern auch eine langfristige Ressourcenersparnis ermöglichen. ■

© Dmitry/stock.adobe.com

Neu: Beihilfekompass für alle Lebenslagen

Das Landesverwaltungsamt hat jetzt seinen Beihilfeservice mit einem Beihilfekompass ergänzt, der neu verbeamtete Landesbedienstete, aber auch Beihilfeberechtigte in veränderten Lebenslagen, wie zum Beispiel bei Elternurlaub oder Eintritt in den Ruhestand, noch besser als bisher unterstützt.

Grundlage des kompakten Beraters, der als interaktives E-Learning-Tool auch grundlegende Themen der Beihilfe aufgreift, sind die beim Landesverwaltungsamt im Austausch mit den Beihilfeberechtigten im-

mer wieder aufgetauchten Fragen. Mit kurzen Videos, anschaulichen Grafiken und Frage-Antwort-Kärtchen bietet der Beihilfekompass jetzt die Entscheidungshilfen, die im individuellen Alltag erfahrungsgemäß gebraucht werden. Als digitales Angebot ist der Kompass schnell, nutzerfreundlich und online direkt verfügbar, wenn Fragen auftauchen.

Der Kompass ist abrufbar unter:
<https://www.berlin.de/landesverwaltungsamt/beihilfe/allgemeine-informationen/beihilfekompass/>

